Es lebe Genosse Stalin! Seite 6

1H 20150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 50 vom 22.Dezember 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Krisenausschuss der EG - Länder geplant

Imperialisten in Not

Europas Imperialisten raufen sich die Haare: in allen Ländern ist eine Wirtschaftskrise, größer als alle anderen seit dem zweiten Weltkrieg abzusehen. Arbeitslosenzahlen, die in die Millionen gehen, werden erwartet. Der Ölboykott der arabischen Staaten verschärft die Lage weiter. Und das alles wäre für sie noch zu ertragen, wenn die Arbeiter und die anderen Werktätigen auf die Appelle ihrer Regierungen zum Verzicht hören würden. Das Gegenteil ist der Fall:

Westdeutschland: Mehr als 10.000 Textilarbeiter demonstrieren in Bonn. Als Vetter sich auf die Seite der Regierung mit ihrer Verzichtspolitik stellt, gehen seine Worte in einem Pfeifkonzert unter. Unvergessen sind die machtvollen Streiks im August.

England: Bereits zum fünften Mal seit ihrem Regierungsantritt ist die Heath-Regierung gezwungen, den Notstand auszurufen. Diesmal allerdings steht eine Krise bisher ungekannten Ausmaßes bevor: Die staatliche Britisch Steel Company will 100 000 ihrer 250 000 Beschäftigten nach Hause schicken. Im nächsten Jahr sollen 15 Millionen Briten nur noch drei Tage in der Woche arbeiten. Doch weder das Anti-Streikgesetz noch die neuen Beschwörungen von Heath und Wilson an die Adresse der Arbeiter haben Erfolg: die Kraftwerkingenieure verweigern die Überstunden - die Stromerzeugung sinkt. Die Bergarbeiter verweigern seit vier Wochen die Überstunden - 40% der Kohleförderung fallen aus. Die Lokomotivführer streiken - Öl- und Kohlezüge bleiben auf der Strecke. Das Vertrauen in die Regierung, in das parlamentarische System ist gewaltig zurückgegangen.

Und unüberhörbar allen die Schüsse der Befreiungskämpfer in Irland, die beweisen, daß der britische Imperialismus auch an dieser Front Niederlagen erleidet.

Frankreich: Hier waren die Gewerkschaftsführer gezwungen, einen Generalstreik auszurufen: E-Werke, Betriebe, Schulen, öffentliche Verkehrsmittel waren zum großen Teil außer Betrieb. Hunderttausende demonstrierten in Paris. Demonstrationen in anderen großen Städten. Und das, wo sich Kapital und Regierung immer noch nicht von den großartigen Kämpfen der Arbeiter bei Lip, den Kämpfen der Bauern in Südfrankreich und dem wochenlangen Streik bei Renault, den Massendemonstrationen der Studenten und Schüler vor dem 1. Mai erholt haben.



Demonstration der Hunderttausend in Besancon

Verschärft wird die Lage für die „Großen" in der EG dadurch, daß sie von allen Seiten bedrängt werden:

Unangemeldet tauchten auf der EG-Konferenz in Kopenhagen Vertreter der arabischen Länder auf und forderten entschlossenen Kampf gegen die israelischen Zionisten. Offen muckten die "Kleinen" in der EG auf: Luxemburgs Außenminister Thorn: „Es gab schon immer die Gefahr, daß die Großen auf Kosten der Kleinen ihre Absprachen treffen. Die Gefahr hat sich vergrößert." Und hinter allem noch die US-Imperialisten, die verstärkte Unterstützung fordern.

Kein Wunder, daß die Imperialistenhäupter Frankreichs, Englands und Westdeutschlands für die Zukunft schwarz sehen. Brandt: „Die Partner der Gemeinschaft sind unserer Meinung, daß die EG hier vor ihrer schwersten Belastungsprobe steht, einer Belastungsprobe, die schlimmer ist als in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931."

Die Zeit von 1929 bis 1931 - das war für die Imperialisten hauptsächlich eine Probe, ob sie dem revolutionären Ansturm der Volksmassen standhalten könnten.

Wenn sie sich gerade jetzt wieder an die Bedeutung der Europäischen Union erinnern, wenn Überlegungen angestellt werden, einen europäischen Krisenstab zu bilden, dann zeigt das, was der Zusammenschluß der Imperialisten auf europäischer Ebene für einen Sinn hat: von den kämpfenden Massen in die Enge getrieben, wollen sie gemeinsam einem erneuten Ansturm der Völker Europas auf das imperialistische System entgegentreten.

Die Neuen Zaren wollen Asien kontrollieren

Ende November hielt sich der Chef der sowjetischen Sozialimperialisten, Leonid Breshnew, in Neu Delhi auf. Dort verhandelte er mit den reaktionären Kreisen der Indira Gandhi-Regierung über weitere wirtschaftliche Infiltration des Landes. Weiterer Diskussionspunkt war das "System der kollektiven Sicherheit in Asien' . Hinter diesem System steckt der Wunsch der Sozialimperialisten, in Asien die unumschränkte Herrschaft zu erlangen.

Mittlerweile haben die indischen Reaktionäre Kredite in Höhe von über 10 Milliarden Rupien von den sowjetischen Sozialimperialisten erhalten. **Dadurch wurden die sowjetischen Sozialimperialisten zum zweitgrößten Gläubiger Indiens.** 1971 bestätigte der indische Verteidigungsminister, daß die Sowjetunion 30% der Stahlproduktion, 85 % des Schwermaschinenbaus, 80% der Erdölgewinnung usw. kontrollieren.

Die sozialimperialistische 'Wirtschaftshilfe' und 'wirtschaftliche Zusammenarbeit' läuft genauso wie in den osteuropäischen Ländern: Indien hat von seinen Rohstoffquellen und seinen Arbeitskräften das zu erzeugen, was die Sozialimperialisten benötigen. Der Aufbau einer eigenen nationalen Wirtschaft wird verhindert zugunsten der "Spezialisierung der Produktion", die Indien wirtschaftlich in eine völlige Abhängigkeit zu Moskau bringt.

Diese wirtschaftliche Durchdringung des Landes haben die Sozialimperialisten in den letzten Jahren immer mehr ausgebaut, um so die indischen Reaktionäre zu ihrem politischen und militärischen Instrument zu machen. Zugleich locken sie die indischen Reaktionäre mit der Rolle des Gendarms in Südasien. **Willfährig haben die indischen Reaktionäre sich in den Dienst der Sozialimperialisten gestellt. Die indische Aggression gegen Pakistan, die zur Teilung des Landes führte, war ein Ausdruck dafür, wie die Sozialimperialisten Indien bei ihren Herrschaftsplänen in Asien vorschieben.**

Eine besondere Rolle bei der Errichtung der Vorherrschaft über Asien spielt für die Sozialimperialisten ihr "System der kollektiven Sicherheit". **Dieses System bedeutet, daß die sowjetischen Sozialimperialisten die Länder Asiens militärisch, politisch und wirtschaftlich infiltrieren und beherrschen wollen und dafür die 'Sicherheit' garantieren, niemals freiwillig aus diesen Ländern wieder herauszugehen oder sie anderen Imperialisten zu überlassen.** Um diese imperialistischen Ziele durchzusetzen, ist ihnen jede Lüge, jede Drohung und versteckte Agression recht.

Insbesondere bemühen sie sich, die Volksrepublik China zu isolieren, die in Asien zum anerkannten Vorkämpfer gegen die imperialistischen Pläne der Sowjetrevisionisten, zum anerkannten Vorkämpfer gegen die Hegemoniepolitik der Supermächte geworden ist.

Entgegen den Wünschen der Sozialimperialisten aber werden die freundschaftlichen Verbindungen zwischen den asiatischen Ländern und der VR China immer enger, durchschauen die asiatischen Länder immer besser die wahren Absichten der sowjetischen Sozialimperialisten.

Nieder mit den Verbotsdrohungen!

Der Berliner Senat und die westdeutsche Rektorenkonferenz haben ein generelles Verbot aller Organisationen gefordert, die an den Universitäten der herrschenden Reaktion mit revolutionärer Gewalt antworten. Namentlich richtet sich der Verbotsantrag gegen den „KSV", eine Studentenorganisation der Gruppe Rote Fahne (GRF). Berlins Innensenator Neubauer erhofft damit, „einen Beitrag zur Befriedung der Universitäten leisten zu können."

Zum anderen aber richtet sich die Verbotsdrohung gegen alle revolutionäre Organisationen, insbesondere aber gegen die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML.

Gerade in diesen Tagen zeigt der westdeutsche Imperialismus seine Unfähigkeit, den Werktätigen ein freies und glückliches Leben zu sichern. Seine Krise verschärft sich, der Ausweg für die Bourgeoisie wird immer schwieriger. Die Arbeiterklasse antwortet immer heftiger auf Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung.

Es ist die Kommunistische Partei, die KPD/ML, vor der die Bourgeoisie sich am meisten fürchtet; denn sie zeigt der Arbeiterklasse den einzig möglichen Ausweg, den revolutionären Ausweg aus dem Dilemma des Imperialismus: die Diktatur des Proletariats.

NIEDER MIT DEN VERBOTSDROHUNGEN GEGEN DEN „KSV"!

WEG MIT DEM KPD-VERBOT!

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!

Nahostkonferenz in Genf

Arabische Völker lassen sich nicht in die Knie zwingen!

Am 18. Dezember soll nach Plan der Supermächte die die Nahostkonferenz in Genf beginnen. Alle Friedensheuchelei beider Supermächte kann dabei nicht verdecken: In Genf soll den arabischen Ländern das Diktat der Supermächte aufgezwungen werden.

Unverhüllt hat Kriegsminister Dajan immer wieder verkündet: Israel sei keineswegs bereit, sich aus allen besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Diese Erklärung Dajans - immer wieder als "israelische Tapferkeit herausgestellt - fußt in Wirklichkeit darauf, daß die israelische Aggression die volle Unterstützung der Supermächte findet und in ihrem Auftrag durchgeführt wird.

Wie die amerikanische Zeitschrift Newsweek berichtete, war es US - Außenminister Kissinger selbst, der die israelischen Zionisten aufforderte, sich nicht zurückzuziehen, um auf der Genfer Konferenz einen Trumpf gegen die arabischen Länder in der Hand zu haben. Zugleich haben die US-Imperialisten eine Militärhilfe von über zwei Milliarden für Israel genehmigt. Ebenso ist es eine Tatsache, daß die Sozialimperialisten in Moskau weiterhin sowjetische Juden nach Israel schicken, die dort in den besetzten arabischen Gebieten angesiedelt werden.

Das Interesse der beiden Supermächte richtet sich nicht auf Frieden, sondern einzig und allein auf das arabische Öl und die Unterwerfung der arabischen Länder. Die Besetzung der arabischen Länder, die ständige Bedrohung der arabischen Länder ist ihnen als Faustpfand gerade recht. Israel ist dabei ihr gehorsamer Kettenhund, der sich im Dunst der Supermächte gut bezahlen läßt. Frieden in Nahost heißt für die Supermächte: Friede für den US-Imperialismus, Frieden für die zionistischen Agressoren. Aber können die arabischen Völker einen Frieden annehmen, der weitere Besetzung und Unterjochung der arabischen Völker bedeutet? Die Supermächte wissen sehr wohl, daß die arabischen Völker das niemals dulden werden.

Die Konferenz in Genf aber soll nach den Wünschen der Supermächte dazu dienen, daß die arabischen Länder das Diktat der Supermächte eigenhändig unterschreiben.

Für den Fall, daß die arabischen Länder dem Druck der Supermächte nicht nachgeben, drohen die US-Imperialisten mit Krieg: In der kalifornischen Mjave-Wüste wurden 9000 Marineinfanteristen von der Dschungeltaktik auf Wüstenkrieg gedrillt. Zugleich droht Senator Fulbright den arabischen Ländern, **sie sollten ihr Öl zum internationalen Besitz erklären - „zum eigenen Schutz". Und weiter: „Die arabischen Ölproduzenten sind militärisch unbedeutsam, Gazellen in einer Welt voller Löwen". Nicht von ungefähr liegen im Mittelmeer die 6. US-Flotte und im indischen Ozean die 7. Flotte auf Lauer.**

Unter diesem Druck glauben die Supermächte den arabischen Ländern diktieren zu können. Und sie verhehlen diese Absicht keineswegs: Hatten sie zuerst UN-Generalsekretär Waldheim als Statisten für die Leitung der Genfer Konferenz vorgeschlagen, um Friedfertigkeit zu heucheln, so haben sie jetzt als Weltgendarm selbst die Vorladungen verschickt.

Bonn erpresst mit

Als Stütze der Supermächte und ihrer Absichten in Nahost - das Kapitalistenblatt „Die Wirtschaftswoche" empfahl bereits vor Wochen die Invasion in Nahost als „Kostengünstigste Lösung" - erpressen auch die westdeutschen Imperialisten die arabischen Länder, damit sie das Diktat der Supermächte unterzeichnen. **Die Verhandlungen über Lieferungen von Nutzfahrzeugen und Fernmeldeeinrichtungen haben sie abhängig gemacht vom Ausgang der Genfer Konferenz.**

Die arabischen Länder aber geben ihren Kampf nicht auf und werden ihn auch nicht aufgeben! Trotz aller Drohungen halten sie den Ölboykott als mächtige Waffe in ihrem Kampf aufrecht. Für den Fall einer Invasion von Seiten der Supermächte rüsten sich die arabischen Länder: **„Wenn der Westen versuchen sollte, Gewalt ... anzuwenden, würde er eine Katastrophe erleben.** Dann werden alle Ölquellen in Flammen aufgehen und alle Pipelines zerstört werden", erklärte der algerische Präsident Boumedienne.

Ebenfalls sind die arabischen Länder nicht bereit, die Hinhaltetaktik der Supermächte hinzunehmen. Entschieden drängen sie darauf, daß Israel endlich gezwungen wird, aus den besetzten arabischen Gebieten zu verschwinden. Die ägyptische Zeitung Al Ahram schreibt: **„Ägypten wird nicht zögern, den Krieg mit Israel fortzusetzen, wenn Israel in seiner Verzögerungstaktik fortfährt.**

Der Kampf der arabischen Länder zur endgültigen Befreiung vom Joch der Supermächte und ihrem Kettenhund Israel wird in Genf von den Supermächten nicht zerschlagen werden können. **Die arabischen Völker werden den Weg ihrer Befreiung bis zum Sieg verfolgen, aber der Weg wird lang sein und viele Steine müssen aus dem Weg geräumt werden.**

UNTERSTÜTZEN WIR DIE ARABISCHEN VÖLKER IN IHREM GERECHTEN KAMPF!
NIEDER MIT DEM KOMPLOTT DER SUPERMÄCHTE!
NIEDER MIT DEN ISRAELISCHEN ZIONISTEN!
ES LEBE DER BEFREIUNGSKAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES UND DER ANDEREN ARABISCHEN VÖLKER!

Außenministerkonferenz der Nato-Länder:

'Bleiben wir Verbündete oder werden wir Rivalen?'

Die Außenministerkonferenz der Natoländer am 10. Dezember in Brüssel hat gezeigt, daß sich die Widersprüche zwischen US-Imperialismus und den Imperialisten in Westeuropa verschärft haben. Auf der Tagesordnung der Tagung stand vor allem die Frage der Beziehungen zwischen den Bündnis"partnern".

Im Verlauf der Tagung äußerten die europäischen Imperialisten vor allem darüber ihre Beunruhigung, daß die US-Imperialisten wegen des Nahost-Konfliktes ihre Truppen in Westeuropa mobilmachten, ohne die westeuropäischen Imperialisten zu informieren oder zu fragen. Darin sehen die westdeutschen, französischen und englischen Imperialisten eine Bedrohung: Sie könnten in eine Auseinandersetzung zwischen beiden Supermächten geraten, die ihren eigenen imperialistischen Interessen gegenwärtig nicht entspricht.

Die US-Imperialisten aber verlangen gerade angesichts ihres verschärften Gerangels mit den Sozialimperialisten, daß die europäischen Natoländer sich bedingungslos unter amerikanischen Oberbefehl stellen.

Bereits im September hatte Kissinger den westeuropäischen Imperialisten "Zusammenrottung gegen Amerika" vorgeworfen. Auf dieser Tagung drohte er: "Bleiben wir Verbündete oder werden wir Rivalen?" Was Kissinger allerdings nicht offen äußerte, ist, daß die US-Imperialisten niemals freiwillig vor den westeuropäischen Imperialisten das Feld Europa räumen werden.

Darüber sind sich aber auch die europäischen Imperialisten im klaren. Sie suchen nicht die offene Konfrontation mit dem US-Imperialismus, sondern versuchen, Stück für Stück ihre eigenen imperialistischen Interessen durchzusetzen.

Dies zeigte sich auch, als es um die Bezahlung der in Europa stationierten US-Truppen ging. Ausser den westdeutschen Imperialisten ist gegenwärtig niemand bereit, für die US-Truppen Milliarden zu zahlen. Frankreichs Außenminister Jobert hatte bereits einige Tage zuvor vorm Europaparlament die Frage gestellt: "Erkennt man denn, nicht, oder will man nicht erkennen daß die Vereinigten Staaten in Europa vor allem in ihrem eigenen Interesse stehen? "

Die westdeutschen Imperialisten hingegen sind bereit, über eine Milliarde DM für die US-Truppen auszugeben. Aber sie erwarten zugleich für die Unterstützung des US-Imperialismus in Westeuropa entsprechende Gegenleistung der US-Imperialisten: Westdeutschland eine führende Rolle im europäischen Bündnis zu erlauben.

SCHLUSS MIT DEN ZAHLUNGEN FÜR US-TRUPPEN IN EUROPA!
AMIS RAUS AUS WESTDEUTSCHLAND!
NIEDER MIT DER NATO!

WUNSCH und WIRKLICHKEIT

(Die Angst der Generäle)





Meldung aller verdächtigen Wahrnehmungen
und
Abgabe von Zersetzungsmaterial
an den
Sicherheitsbeauftragten !

Ein großer Erfolg. Ein Genosse hat in einer Wetzlarer Kaserne 110,- DM ausdrücklich für die Stärkung der KPD/ML, der Partei des Proletariats, gesammelt.

Diese Summe wiegt umso mehr, weil die Kameraden im Monat nur 135,- DM als Panzergrenadier und 185,- DM als Gefreiter "verdienen".

Derselbe Genosse hat vor einiger Zeit Literaturbestellungen von über 100,- DM an die Partei weitergegeben. Es handelte sich um Bestellungen von Kameraden, die sich hauptsächlich für die Ideen des Genossen Mao Tsetung interessierten.

Bei uns gehts vorwärts!
Rot Front!!!
Ein roter Soldat der KPD/ML
Soldat fürs Proletariat!


Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0 21 41/22 82 59 Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelprei: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Front gegen das Kapital und seine Handlanger wächst

Trotz der vielbeschworenen 'Volksgemeinschaft' gegen die drohende Krise bekommen die Kapitalisten keine Ruhe mehr. Mehr als 10.000 Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen demonstrieren in Bonn, in Düsseldorf marschieren 10.000 Arbeiter gegen die drohende Stillegung der VDI-Drahtwerke und die angedrohte Kündigung der Werkswohnungen.

Noch ist in den großen Betrieben Ruhe. Aber es ist eine Ruhe vor dem Sturm. Das zeigen die Auseinandersetzungen auf den Betriebsversammlungen, auf den V-Leute-Sitzungen, das zeigen die Gespräche, die die Genossen der Partei in den Betrieben führen.



Geschlossene Front gegen Schließung: VDI-Belegschaft.

Betriebsversammlung, Klöckner Bremen: Die Halle war voll wie selten. Der reaktionäre Betriebsrat Kintrupp kommt überhaupt nicht mehr zu Wort. Um die Kollegen zu beschwichtigen, muß der D'K'P-Betriebsrat Röpke herhalten, dessen ebenfalls angeknackstes Vertrauen bei den Kollegen durch eine Entlassung vor einiger Zeit wieder aufgefrischt werden mußte. In der gesamten Diskussion wird sorgfältig vermieden, daß das Gespräch auf die Tarifrunde kommt. Die Forderung des V-Leute-Körpers nach 16% und 200 DM mehr für die Lehrlinge kommt überhaupt nicht zur Sprache. **Am besten kam der Beitrag eines Kollegen an, der klar betonte, daß gerade angesichts der drohenden Krise gekämpft werden muß. "Bange machen gilt nicht! Dabei ist es falsch zu sagen, Politik gehört nicht in den Betrieb – aber Politik im Interesse der Arbeiter muß es sein!"**

Daimler-Benz, Mannheim: Während in einzelnen Gruppen im Betrieb noch über die Forderung diskutiert wird – 1,50 DM mehr ist im Gespräch – beschließt die Grosse Tarifkommission 15%. **Die V-Leutekonferenz protestiert gegen das diktatorische Vorgehen der IGM-Führung.** Auf einer weiteren Sitzung gelingt es zwar dem Betriebsmitglied Feuerstein, die V-Leute davon abzubringen – aber der Erfolg ist, daß in der scharfen Diskussion eine ganze Reihe mehr erkennen, daß die IGM, aber auch die Regierung fest auf der Seite des Kapitals stehen.

Auf der Betriebsversam...... dann sollen die Kollegen beschwichtigt werden: es gibt keine Krise, heißt es. Knapp ist nur die Energie und daran sind die Araber schuld. Die Antwort kommt sofort. Zwei Kollegen verurteilen das Vorgehen der Tarifkommission. Sie sagen, was im Grund jeder Kollege sieht: die Krise in der Automobilindustrie ist viel älter als die gerechte Maßnahme der Araber. Der Feind steht im eigenen Land. **Und was die Ölknappheit angeht: kein Tropfen Öl braucht uns zu fehlen, wenn wir die Regierung zwingen, die gerechte arabische Sache zu unterstützen. Die Kollegen antworteten mit Beifall.**

Hoesch, Dortmund, Teilbelegschaftsversammlung im Kaltwalzwerk: Die Revisionisten versuchen die Empörung über den Tarifabschluß zu besänftigen: "Ich mag Herrn Loderer ja auch nicht leiden.. Aber sachliche Diskussion in den Gewerkschaften... Doch nicht gleich mit dem Hackenstiel losgehen!" Sachliche Diskussion? Ein Kollege zieht vorne die 'Metall' aus der Tasche, die behauptet, die Laufzeit des Vertrages betrage nur 9,5 Monate. (In Wirklichkeit sind es 10,5): "Das sind doch Falschmünzer und Betrüger!" **Und großer Beifall, als ein Kollege sagt: "Mit diesen Leuten kann man überhaupt nicht reden. Sie verstehen wie die Kapitalisten nur eine Sprache. Es gibt keinen Zweifel, daß die Westfalenhütte in nicht langer Zeit wieder streiken wird."** Und so geht es weiter: die Schuldigen an den sieben tödlichen Unfällen in diesem Jahr bei Hoesch werden beim Namen genannt. Und vor allem: auch hier bei Hoesch wird klar Stellung bezogen gegen die Lügen um die Energiekrise. **"Staatliche Kontrolle" forderten die Revisionisten. Mehrere Kollegen sagten dagegen: "Diese Forderung ist Betrug. Der Staat macht keine andere Politik als die Konzerne selbst."**
Die Kollegen wandten sich auch gegen



die Hetze gegen die ausländischen Kollegen: der Feind steht im eigenen Land, gegen ihn müssen wir alle gemeinsam kämpfen. Besonders groß war an dieser Stelle der Beifall der wenigen arabischen Kollegen aus Marokko und Tunesien. Die Revisionisten wagten nicht mehr, zur Ölkrise Stellung zu nehmen. Auch eine Vertrauenserklärung für den so scharf angegriffenen D"K"P-Betriebsrat Wetzel brachten sie lieber erst gar nicht mehr zur Abstimmung.

Diese Beispiele zeigen: die Kampfbereitschaft ist gewachsen. Die Kollegen haben in den Auguststreiks Freund und Feind besser kennengelernt. Die Front gegen das Kapital und seine Handlanger die DGB-Führer und die Verräter in der D"K"P wächst.

Arbeiterkorrespondenz

An die entlassenen Kollegen von Mannesmann in Duisburg

Liebe Kollegen,

Wenn auch etwas spät, so wollen wir doch unsere volle Solidarität mit euch bekunden. Euer Streik für 70,– DM war berechtigt. Aus Angst davor, daß euer Beispiel Schule macht, haben die Mannesmann-Kapitalisten euch entlassen. Aber auch die IG-Metall hat sich gegen euren Streik gestellt. Wie im Frühjahr bei uns auf Hoesch hat sie ihn als wilden Streik verurteilt. Und wie bei uns auf Hoesch hat sie sich nur unter der Bedingung für die Entlassenen eingesetzt, daß sie sich vom Streik distanzieren und solche Aktionen für die Zukunft nicht mehr unternehmen.

Auch bei uns im Betrieb rief der Vertrauensleutekörper dazu auf, für euch zu demonstrieren in Duisburg und er sammelte auch Geld dafür. Wir meinen, Solidarität ist gut, aber wir finden es nicht richtig, wenn man dabei die Schuld der IG-Metall an eurer Entlassung vertuscht. Eigentlich wäre es ja gar keine Schwierigkeit, daß ihr von unseren Gewerkschaftsbeiträgen finanzielle Unterstützung bekommen hättet. Und warum hat man für eure Wiedereinstellung keinen Streik organisiert? Wir glauben, ihr kennt die Antwort genauso gut wie wir. Der Grund ist, daß die IG-Metall-Führung auf der Seite der Kapitalisten steht.

Davon war aber bei der Sammlung für euch keine Rede, deshalb haben wir da nicht mitgemacht. Stattdessen schicken wir euch diese Grüße und ein paar Mark, die wir für euch gesammelt haben.

Wir haben diesen Brief mit der Bitte um Veröffentlichung und Weiterleitung an euch an die Redaktion des ROTEN MORGEN geschickt. Wirkliche Solidarität heißt nicht nur Geld sammeln, sondern auch die Schuldigen für die Entlassungen beim Namen nennen.

Mit kollegialen Grüßen

Kollegen der Hoesch Hüttenwerke Dortmund

LEIDIG RAUS!

„Im Rahmen der Aktion „Rote Zange" führte die IGM in Westberlin ein Seminar mit AEG- und Osram-Lehrlingen durch. IGM Jugendsekretär Leidig hielt dort einen Vortrag, in dem er viel über die „Rechte der Jugend" und die Gesetze erzählte. Doch gleich darauf meldeten sich oppositionelle Lehrlinge und junge Kommunisten zu Wort, die auf den Tisch brachten, was die Bonzen verschwiegen: **Rechte für die Jugend gibt es nur durch Kampf!**

Diese kämpferischen Reden bekamen den Beifall der anwesenden Lehrlinge. Sehr schnell wurde dann eine neue Diskussionsleitung aus den Reihen der AEG- und Osram-Lehrlinge gewählt. Jetzt wurde hautpsächlich darüber diskutiert, wie die Lehrlinge selbst, Hand in Hand mit den Arbeitern ihre Rechte durchsetzen können.

Leidig merkte, daß für Leute seines Schlages nichts mehr zu melden war, und verkrümelte sich still und leise..."

(nach einem Flugblatt der Roten Garde Westberlin, Stadtteil Wedding)

VERDIENEN AN DER KRISE

Bei Poddig-Antennenbau, einem 140-Mann-Betrieb in Westberlin, wird ab dem 3.12.73 kurz gearbeitet. Auf der Betriebsversammlung erzählte der Besitzer Poddig mit salbungsvollen Worten, daß man sich aber ganz auf ihn verlassen solle. Er würde das Kind schon wieder aus der Krise herausschaukeln. Das hätte er ja schon zweimal geschafft.

Allerdings. Jeder Kollege kann dieses „Kind" sehen: Privatgrundstücke in der Imchenallee in Westberlin, in Kampen auf Sylt; Mietgrundstücke in der Knobeldorfstraße und der Willibald-Allexis-Straße; und nicht zuletzt das Auto-Museum, angeblich eine billige Reklame, heute schon rund eine Million wert.

"Ich bin gegen Ausbeutung..."

Die Frauen der Schaltwerkstatt bei der Firma Dr. Hell in Kiel hatten die Kollegin G.S. als Vertrauensfrau gewählt. Am 2.11. erhielt sie einen Brief von der Ortsverwaltung der IGM, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß die IG Metall sie nur dann als Vertrauensfrau bestätigen würde, wenn sie sich in einer Erklärung von den Zielen "linksextremistischer Gruppen" distanziere.
G.S. lehnte es ab, solche Erklärungen zu unterschreiben.

Die Kolleginnen haben sie gewählt, weil sie konsequent für ihre Forderungen eintritt. Diese Forderungen sind Abschaffung der Leichtlohngruppen, lineare Lohnforderungen oder Mindestnettolohnforderungen in den Tarifverhandlungen, Abschaffung des Akkords. Weiterhin Kampf gegen Rationalisierung und Entlassungen. Niemand hat mir je erklärt, daß diese Forderungen nicht richtig oder gar gewerkschaftsfeindlich sind. Aber immer stieß ich damit bei höheren Funktionären auf Widerstand, es wurde gesagt, das ist Utopie, du willst die ganze Gesellschaft umstürzen usw. **Weil ich aber weiß, daß diese Forderungen richtig sind, werde ich nicht nachlassen, sie zu vertreten, und wenn sie in dieser Gesellschaftsform nicht zu verwirklichen sind, dann bin ich eben für eine neue Gesellschaftsform, in der nicht die Interessen der Unternehmer, sondern die der Arbeiter durchgeführt werden."**

Wer aber konsequent für die Interessen der Kollegen eintritt, kann unmöglich gegen die Kommunisten sein. Die Kollegin schreibt: **"Entweder man steht auf Seiten der Unternehmer oder auf Seiten der Arbeiter. Die Ziele der Kommunisten sind, einen Arbeiterstaat zu schaffen, die Ausbeutung abzuschaffen. Das ist für und nicht gegen die Arbeiter...**Niemals werde ich mich von den Zielen der Kommunisten distanzieren...

Aber ihr bezeichnet nicht die Unternehmer und ihre Parteien als gewerkschaftsfeindlich, das sind "Sozialpartner", sondern die Kommunisten als arbeiter- und gewerkschaftsfeindlich. Wer so Freund und Feind verwechselt, bei dem muß man sich ernsthaft fragen, auf wessen Seite er eigentlich steht..."

Dieser Streit zwischen der Kollegin G.S. und der IG Metall wurde natürlich auch im Vertrauensleutekörper der Firma diskutiert. Ihr Brief wurde vorgelesen. Fast alle der 25 Vertrauensleute solidarisierten sich mit G.S. – bis auf 3 Mann. Ein Mitglied der IGM-Ortsverwaltung, ein SPD-Mitglied und Tolkmit, Mitglied des Zentralkomitees der D'K'P machten Stimmung gegen die Kollegin.
Tolkmit erklärte, er sei schon immer gegen Gesinnungsschnüffelei in der Gewerkschaft gewesen, aber das hier sei etwas anderes. Hier werde gegen die Gewerkschaften Front gemacht, das könne man nicht unterstützen.

Die Vertrauenleute ließen sich nicht irremachen. Sie stellten einen Antrag auf Bestätigung der Kollegin.

Die KPD/ML wird dafür kämpfen, daß diese Einheit der Kollegen und ihrer Vertrauensleute gegen die Ortsverwaltung der IG Metall und die Verräter von der D'K'P weiter festigt.

VORWÄRTS ZUR REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTS OPPOSITION!

Bänninger Gießen

Arbeitsgericht muss Kündigung zurücknehmen !

Im November fanden zwei Verhandlungen im Arbeitsgerichtsprozeß der beiden kommunistischen Betriebsräte Leicht und Maroska gegen die Bänninger-Kapitalisten statt. Nach der letzten Verhandlung am 27. November wurde dann das Urteil verkündet: die Kündigung wurde für unzulässig erklärt.

Die beiden Betriebsräte waren entlassen worden, weil sie sich als einzige Mitglieder des Betriebsrates aktiv am Streik der Kollegen im Juli beteiligt hatten. Mit verschiedenen Tricks hatte die Betriebsleitung erreicht, daß der Betriebsrat, entgegen seinem ursprünglichen Beschluß, der Entlassung zustimmte. **Die Betriebsräte hatten von Anfang an einen entschlossenen Kampf gegen diese Entlassung geführt:** Sie hatten entlarvt, daß sie entlassen werden sollten, weil sie Kommunisten waren. Sie hatten den Rot-Guß, die Betriebszeitung der KPD/ML und den ROTEN MORGEN vor dem Betrieb verteilt, die Rote Hilfe organisierte Solidarität unter der Bevölkerung.
Bei der ersten Verhandlung war der Saal denn auch proppevoll. Etliche Kollegen, einige der fortschrittlichen Betriebsräte, viele Genossen der Roten Hilfe und der KPD/ML füllten den Zuschauersaal. **Der Prozeß verlief so, daß der Rechtsvertreter Bänningers in der zweiten Verhandlung das Gericht ermahnte, der Prozeß glitte ihm immer mehr aus den Händen.**

Das Gericht versuchte gleich zu Anfang, die Betriebsräte vor den anwesenden Kollegen zu kriminalisieren: Betriebskrankenkasse betrogen, hieß es. Aber diese Lüge hatte sehr kurze Beine. Nicht besser erging es dem Hauptbelastungszeugen, der beweisen sollte, daß die beiden Betriebsräte, quasi entgegen dem Willen der Kollegen, einen Streik angezettelt hätten.

Dagegen kamen bei dem Prozeß Dinge ans Tageslicht, die die Kapitalisten lieber nicht publik gemacht hätten: Betriebsrats-Vorsitzender Kronenberg entpuppte sich als der Mann, der die Betriebsleitung davon unterrichtet hatte, daß die beiden Betriebsräte trotz Hausverbot in den Betrieb gingen. Kronenberg bekam einen puterroten Kopf und die anwesenden Betriebsräte und Kollegen quittierten diese Enthüllung mit einem lauten'Aha'!

Wollten die Bänninger-Kapitalisten zwei Kommunisten als "Rädelsführer" verurteilt sehen, so ging es dem Klassengericht darum, die Bedeutung der Kommunisten als völlig unerheblich hinzustellen. Darüberhinaus wurde im Verlauf des Prozesses immer klarer, daß die spontanen Streiks der Arbeiter kriminalisiert werden sollten: "Wilde Streiks" brechen die getroffenen Abmachungen hieß es.

Dagegen stellten die beiden Genossen klar, daß die Streiks selbst an denen schließlich auch tausende von Gewerkschaftern teilgenommen haben, der beste Beweis dafür sind, daß diese Abmachungen über den Tariffrieden nicht dem Willen der Arbeiter entsprechen. Wenn ein Räuber sich einen Komplizen anheuert und mit ihm abmacht, wie das auserkorene Opfer am besten kleinzukriegen ist, soll der Mann dann etwa sagen, Abmachung ist Abmachung, hier habt ihr mein Geld?

Und die Streiks im August waren erst ein Anfang. Eine Streikwelle, noch stärker und noch bewußter geführt, wird die Antwort auf die verstärkte Ausplünderung sein. Solche Arbeitervertreter wie die beiden kommunistischen Betriebsräte werden dafür sorgen, daß diese Kämpfe eine Schule des revolutionären Kampfes werden zum Sturz der kapitalistischen Räuberordnung. Kein Verbot über kommunistische Agitation im Betrieb keine Verstärkung der politischen Unterdrückung wird sie daran hindern. Im Anschluß an die erste Verhandlung machten die Genossen der Partei, unter ihnen die beiden Betriebsräte, gleich eine Kundgebung, in der sie über den Prozeß berichteten. Geld wurde gesammelt, viele ROTE MORGEN verkauft.



Unterschriftensammlung gegen den Rausschmiß

Nach der zweiten Verhandlung kam dann das Urteil: Kündigung nicht aufrechtzuerhalten.

Die Kollegen im Betrieb freuten sich. Ein Kollege, der fast 50 Jahre bei Bänninger ist, sagte: "Nichts freut mich mehr, als das der Bänninger endlich mal eine Niederlage einstecken mußte".

Diese erste Niederlage der Bänninger-Kapitalisten aber kann nur in einen vollständigen Sieg verwandelt werden, wenn der Kampf konsequent weitergeführt wird. Die Bänninger-Kapitalisten haben bereits Berufung eingelegt. Der Richter hat in seiner Urteilsbegründung klargestellt, daß er nichts lieber sähe, als daß dieser Berufung stattgegeben würde. Das heißt für die Bänninger-Kollegen: Der Kampf um die Wiedereinstellung geht weiter. Nur Solidarität hilft siegen!

Sofortige Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte!

Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda im Betrieb!

Vorwurf des 'Antikommunismus' ein Vorwand zu neuen Spaltungsversuchen

Vor nunmehr rund zwei Jahren gründete sich bei Opel in Bochum eine gewerkschaftsoppositionelle Gruppe (GOG). Ihr gehören unter anderem auch Betriebsräte der oppositionellen Liste 2 bei Opel an. Seit ihrem Bestehen ist diese Gruppe, genau wie die Liste 2 wieder und wieder totgesagt worden: von den Opel-Kapitalisten, von den reaktionären Betriebsräten und von den Revisionisten vom „Roten Kadett."

Die Partei hat die GOG von Anfang an unterstützt, weil sie im Gegensatz zum DGB nicht auf der Seite des Kapitals, sondern auf der Seite der Arbeiter steht. Zu dieser Unterstützung gehörte auch, daß die Vertreter und Sympathisanten der KPD/ML in der GOG zurückweichlerische Fehler solidarisch kritisiert und für eine revolutionäre gewerkschaftliche Politik gekämpft haben.

Anders die GRF. Nachdem ihre Versuche scheiterten, die GOG zu einem Anhängsel der GRF und ihrer RGO zu machen, beschimpft sie die GOG jetzt als einen Karrieristenhaufen, der unter der Führung von arbeiter- und kommunistenfeindlichen Elementen steht. In der Kommunistischen Arbeiterpresse vom 30.11.73 heißt es unter der Überschrift: „Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Schaumber, Schmitz und Lang richten die GOG Opel zu Grunde."
„Nach vielen schweren Fehlern - jetzt ist der entscheidende Schritt zum Arbeiterverrat getan: Ein Arbeiter ist aus der GOG rausgeschmissen worden, weil er sich nicht von Forderungen und Ansichten, die das Interesse der Arbeiter ausdrükken, distanzierte. Und das sollte er nur deshalb tun, weil sie der Politik unserer Partei entsprachen." Demagogisch wird daraus die Schlußfolgerung gezogen: „Die GOG-Führer haben gehandelt, wie unsere Feinde in der Gewerkschaftsführung: Ausschluß gegen fortschrittliche und kommunistische Arbeiter!"

Hinter dem demagogischen Vorwurf des Antikommunismus der GOG verbirgt sich in Wahrheit denn auch ein neuer Spaltungsversuch der GRF.

Nach dem Streik bei Opel in diesem Jahr beschimpfte die GRF in einem spanischen Flugblatt Mitglieder der GOG als „Arbeiterverräter." Dieser Angriff hatte nicht den gewünschten Erfolg. Weder teilten die Opel-Kollegen die Ansicht der GRF-Führer, daß die GOG nur eine Neuauflage der reaktionären IG Metall war, noch konnte innerhalb der GOG und des nach dem Streik gegründeten Solidaritätskomitees für die entlassenen Opel-Kollegen Stimmung gegen die GOG gemacht werden. Die Vertreter der GRF in diesen beiden Organisationen wanden sich: „Übersetzungsfehler" hieß es. Erst als in der „RGO" Nr. 6/7 und der Roten Fahne Nr. 40 ähnliche Äußerungen gemacht wurden, bekannten die Vertreter der GRF Farbe und erklärten, daß sie ebenfalls der Ansicht seien, Mitglieder der GOG ständen auf der anderen Seite der Barrikade. Daraufhin wurden sie mehrheitlich ausgeschlossen.

Das sind die Tatsachen, die die GRF in der „Kommunistischen Arbeiterpresse" mit „Antikommunismus" anprangert. Angesichts dieser Tatsachen erscheint die Feststellung der GRF, der Kollege sei ausgeschlossen worden, weil er die Politik der GRF vertrete allerdin in einem anderen Licht. In keine



Opel-Streik 1971

Es stimmt: 2 Kollegen, sind aus der GOG ausgeschlossen worden, die offizielle Vertreterin der GRF und ein Sympathisant der GRF. Warum? Weil die anwesenden Kollegen nicht mit Kommunisten zusammenarbeiten wollten? Weder die offizielle Vertreterin der GRF noch der Sympathisant sind irgendwem als Streiter für die Diktatur des Proletariats aufgefallen. Ganz im Gegenteil. Der Sympathisant der GRF war nur mit äußerster Mühe dazu zu bewegen, seine politischen Karten auf den Tisch zu legen. Außerdem ist es doch merkwürdig, daß die gleichen Kollegen, die angeblich den Sympathisanten der GRF (der „oppositionelle" Kollege in der Opposition) wegen seiner kommunistischen Anschauungen rauswerfen, die Vertreter der KPD/ML, die offen und ehrlich für eine kommunistische Politik eintreten, in ihren Reihen dulden.

günstigen für die GRF möchte man meinen. Denn die Politik, die hier vertreten worden ist, hat mit kommunistischer Politik nichts zu tun. Denn Kommunisten gehen nicht nach dem Prinzip vor: alles oder nichts, entweder Kommunist oder Reaktion.

Kommunisten ziehen die Trennungslinie zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital. Wer grundsätzlich auf der Seite der Arbeiterklasse steht, dessen Fehler kann und muß man korrigieren. Die Kommunistische Partei ist dazu da, den Massen zu helfen, sich revolutionär zu organisieren. Wer in kleinbürgerlicher Überheblichkeit alles zum Feind erklärt, was nicht 150%ig ist (neuerliche Selbsteinschätzung der GRF), spaltet die eigenen Reihen und betreibt objektiv das Geschäft des Klassenfeindes.

KORRESPONDENZ

Auf einer Fahrt im Schnellzug zwischen Köln und Hannover stieg in Oberhausen ein Mann zu, dem das Auto kaputtgegangen war. Ich kam mit ihm ins Gespräch und erfuhr, daß es sich um einen höheren Beamten der Stadt Bielefeld handelte. Deshalb stellte ich ihm einige Fragen.

Ich sprach ihn unter anderem auf Korruption an, die im Staats- und Verwaltungsapparat dieses Landes herrscht. Der Beamte stritt das ab. "So etwas kommt vielleicht alle Jubeljahre mal vor. Das ist ganz selten. Und wenn, dann wird so ein Fall gleich hochgespielt."

Kurz bevor er ausstieg, fragte ich ihn nach seinem Auto, ob er das jetzt in Oberhausen verkaufen würde?.

"Nein, nein", erwiderte er, "das hol ich mir nach Bielefeld".

"Aber das wird doch ziemlich teuer, das Auto von Oberhausen nach Bielefeld abschleppen zu lassen, das sind doch mehr als 150 km", gab ich ihm zu bedenken.

"Ach wissen Sie", sagte er, "das ist die einfachste Sache der Welt. Wenn in nächster Zeit die Bielefelder Feuerwehr im Raume Oberhausen eine Zivilschutzübung durchführt, wird sie den Auftrag erhalten, ein für uns wichtiges Auto zu sichern, damit es den Feinden nicht in die Hände fällt".

"So", fragte ich interessiert, "was sind das für Feinde?" - "Davon", sagte er vertraulich zu mir, "davon gibt's eine Menge".

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

SPANIEN: Für die föderative Volksrepublik !

Anfang Dezember wurde Jesus Arteche, wahrscheinlich Mitglied der ETA, in einer Wohnung von der Polizei erschossen. Aufforderungen, sich widerstandslos zu ergeben, hatte er mit einer Salve aus einer Maschinenpistole beantwortet. Sofort darauf antwortete die baskische Bevölkerung mit Protestaktionen auf diesen Mord durch die faschistische Polizei.

Gleichzeitig verstärken sich die Aktionen zur Auflösung des Priestergefängnisses in Zamora. Auch in einer anderen Provinz Spaniens, in Katalonien, verstärken sich die Aktionen gegen das faschistische Regime und für die Unabhängigkeit der Provinzen. So kam es nach der Verhaftung einer "Versammlung von Katalanen" zu Protestkundgebungen und Sympathiestreiks z.B. bei Siemens in Barcelona.

Basken und Katalanen sind einer besonderen Unterdrückung in Spanien ausgesetzt. Das yankeefrancistische Regime kennt und fürchtet den jahrhundertealten ungebrochenen Freiheitswillen der Basken und Katalanen. Deshalb versucht es mit allen Mitteln, ihre Geschichte und ihre Kultur zu zerstören. Ein verhafteter Katalane, ein international bekannter Wissenschaftler, berichtete von Foltern, denen er unterworfen wurde, allein deshalb, weil er beim Polizeiverhör katalanisch sprach. Man drohte, auch seine Frau und seinen Sohn zu verhaften, wenn er nicht spanisch spräche.

Der Unabhängigkeitswille der Basken und der Katalanen aber ist stärker als aller Polizeiterror. Überall findet man z.B. Plakate in baskisch oder katalanisch. Vor allem in den kleinen Städten und Dörfern wird allen Drohungen zum Trotz die Tradition gewahrt. Aktionen für die Unabhängigkeit des Baskenlandes oder Kataloniens finden Zustimmung nicht nur bei den Arbeitern und Bauern, bei der Jugend, sondern auch bei breiten Teilen des Kleinbürgertums.

Einen scharfen Kampf gegen die alten Traditionen dagegen führen die baskischen Kapitalisten, führt die Finanzoligarchie.

Schon hieran wird deutlich, daß die Unabhängigkeit der Basken, der Katalanen nicht auf dem Wege des Seperatismus erreicht werden kann. Die Trennungslinie verläuft hauptsächlich zwischen den Unterdrückern, den US-Imperialisten und dem Franco-Regime und dem Volk. Die spanische Volksrepublik als ein Schritt zu einem sozialistischen Spanien ist darum auch das Hauptziel der baskischen Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen. Diese Volksrepublik verfehlt ihren Zweck, wenn sie, wie es die spanischen Revisionisten vorschlagen, "rein" spanisch wird und die nationalen Besonderheiten von Teilen des Volkes unterdrückt.

Die spanische marxistisch-leninistische Partei, die PCE/ML, hat in ihrem Programm hervorgehoben, daß diese Volksrepublik föderativen Charakter haben muß. Unter Punkt 14 des Programms heißt es: "Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung von Katalonien, Euzkaid, Galizien und jeder anderen spanischen Provinz, deren Bevölkerung das verlangt. Wir Kommunisten sind für den föderativen Charakter der spanischen Volksrepublik und bejahen, daß die Gebiete mit nationalen Besonderheiten, ohne Intervention der zentralen Macht, ihre eigenen autonomen Regierungsorgane wählen."

Hört die revolutionären Sender !

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer in der Sendezeit von 21.30 bis 22 Uhr auch auf Mittelwelle 215 Meter = 1.395 KHz.



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.00 - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.00	32 und 41 Meter
16.00 - 16.3o	32 und 41 Meter
18.00 - 18.3o	32 und 41 Meter
19.00 - 19.3o	41 und 5o Meter
21.30 - 22.00	41 und 5o Meter und 215 Meter
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter 206 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)
206 Meter entsprechen 1456 KHz

RADIO PEKING

19.00 - 19.3o	Immer: 43.7, 42.8
21.00 - 22.oo	und 26.2 Meter

Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam!

Kaum war die Tinte auf dem Pariser Waffenstillstandsabkommen getrocknet, da stellte sich auch schon heraus, daß es für die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten nur ein Fetzen Papier ist. Sie dachten nicht einen Augenblick daran, die Abmachungen einzuhalten. Mit Kissingers "Friedensnobelpreis" sollten die Augen der Weltöffentlichkeit für diese Tatsache verklebt werden.

Unmittelbar nach dem "Waffenstillstand" versuchten die Truppen der Thieu-Clique, ihr Territorium auszuweiten, insbesondere im Mekong-Delta, da es ihr an Reis für ihre hungernde Bevölkerung mangelte. Sie wollte ernten, wo sie nicht gesät hatte. Die Streitkräfte der Provisorischen Revolutionsregierung und die Bevölkerung des Deltas schlugen diese hinterhältigen, gegen das Pariser Abkommen verstoßenden, illegalen Angriffe zurück. Ähnlich und noch schlimmer erging es den Thieu-Banditen in allen Teilen Südvietnams, wo sie ihre strategischen Positionen zu verbessern suchten.

Inzwischen hat sich die Lage in Südvietnam erheblich zugespitzt. Das Thieu-Regime rüstet auf Anweisung der US-Imperialisten und mit ihrer tatkräftigen Hilfe zu weit größeren Operationen. Die anfangs sporadischen Kämpfe, die den Charakter von Scharmützeln hatten, entwickelten sich zu regelrechten Schlachten. **Flugzeuge der Saigoner Marionetten bombardieren pausenlos Straßen und Dörfer im Gebiet der Provisorischen Revolutionsregierung und flogen mehrere Großangriffe gegen Loc Ninh, wobei sie insbesondere die Wohnviertel mit Bombenteppichen belegten.**

Gegen diese freche Verletzung des Waffenstillstandes setzten sich die Streitkräfte der Provisorischen Revolutionsregierung überall zur Wehr. Sie schlugen die Angriffe unter Einsatz von Panzern, Artillerie und Raketenwaffen zurück. **Ihren Höhepunkt erreichten diese Kämpfe mit der Eroberung der Bezirksstadt Kien Duc und der Sprengung der Erdöllager von Shell, Esso und Caltex in Nha Be bei Saigon durch die Truppen der Provisorischen Revolutionsregierung. Dieses Öl machte 50 % der Reserve der Thieu-Clique aus.**

Als sich die Kämpfe durch die Provokationen des Thieu-Regimes derart ausgeweitet hatten, **traten die US-Imperialisten auf den Plan und drohten, die Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam wieder aufzunehmen.**

In Vietnam schweigen die Waffen nicht. In Vietnam ist Krieg. US-Imperialisten und Thieu-Banditen haben ihre Absicht, ganz Vietnam zu erobern, nicht aufgegeben, und setzen ihre verbrecherische Aggression fort.

Unsere Aufgabe ist es, breite Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk, gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien, gegen den imperialistischen Krieg in Vietnam zu üben. Verträge und „Friedensnobelpreise" dürfen unseren Blick nicht trüben. **Wir müssen wieder so fest auf Seiten des vietnamesischen Volkes stehen wie in den Zeiten der brutalsten Bombenangriffe der US-Imperialisten.**

Aus aller Welt

SÜDKOREA: – Die seit Oktober anhaltenden Studentendemonstrationen in Seoul für die Wiederherstellung demokratischer Zustände, für die Einstellung der Bespitzelung, und Unterdrückung für die Freilassung der eingekerkerten Studenten und gegen das Eindringen des japanischen Imperialismus in Südkorea hatten einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Die Park Chung Hee-Clique mußte die eingekerkerten Studenten freilassen und den Chef der KCIA (Geheimdienst) Lee Hu Rak entlassen. **Zu diesem Nachgeben war sie gezwungen, weil sie eine noch größere Solidarisierung der breiten Massen der Hauptstadt mit den Studenten befürchtete.**

INDIEN: – Wegen bewaffneten Überfalls auf eine Polizeistation und eine Funkstation des reaktionären Gandhi-Regimes wurde die Marxistin-Leninistin Ajitha und elf ihrer Mitkämpfer vom obersten Gericht von Kerala zu lebenslangem Kerker verurteilt. **Der indische Bundesstaat Kerala ist fest in der Hand der revisionistischen 'K'P Indiens, die dort die stärkste Partei ist.**

KAMBODSCHA: – Die königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha unter Samdech Norodom Sihanuk hat alle ihre Ministerien, die bisher im Ausland gearbeitet haben, nach Kambodscha zurückverlegt, wo sie in den befreiten Gebieten (über 80%) die volle Macht ausübt. **Das ist ein weiterer Schritt zum völligen Sieg über die Lon-Nol-Clique und den US-Imperialismus in Kambodscha.**



vor sogenannten "Indochina-Spenden über kirchliche Wohltätigkeitsorganisationen.

Diese Spenden werden nicht auf ganz Indochina (Noedvietnam, Südvietnam, Laos und Kambodscha) verteilt, sondern gelangen ausschließlich nach Südvietnam ,in die Hände der Corporation forthe Reconstruction of Vietnam - COREV. **Ein symbolischer Teil dieser Spende wird für "Sozialarbeit" ausgegeben, ein größerer für die Schulung von katholischen Kadern für ganz Vietnam, der größte verschwindet in den Taschen der Bosse der COREV.** Einige davon sind so korrupt, daß nicht einmal mehr die Vertreter des US-Imperialismus mit ihnen zu tun haben möchten.

Die COREV arbeitet ausschließ lich mit dem verbrecherischen Thieu-Regime in Saigon zusammen. (Nach einer Sendung des WDR II. Programm, am 20.11.1973, 1945 Uhr).

Es lebe Stalin!

Am 21. Dezember jährte sich zum 94. Mal der Geburtstag Stalins, am 5. Dezember zum 37. Mal der Tag der Stalin'schen Verfassung der UdSSR, der ersten Verfassung eines sozialistischen Landes in der Welt. Diese beiden Daten nehmen wir zum Anlaß, einige immer noch verbreitete Lügen der bürgerlichen Propaganda über Stalin zu entlarven, mit denen sie die kommunistische und Arbeiterbewegung von Stalin trennen will, ihrem nach Lenin bedeutendsten Führer der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts.

Diese Lügenpropaganda setzt dabei an, daß sie Stalin als "illegitimen" Nachfolger Lenins darstellt. Um dies zu erreichen, lobt sie den Verräter Trotzki als "Organisator" und "Motor" der Roten Armee und als "rechte Hand" Lenins, der eigentlich auch sein Nachfolger hätte werden müssen. Sie tischt das Märchen vom "Geheimtestament" Lenins auf, in dem er vor Stalin "gewarnt haben soll". Jede Lüge ist dafür recht. Aber Tatsachen sind ein hartnäckig Ding. **Tatsache ist, daß Stalin schon lange vor der Oktoberrevolution als engster Vertrauter Lenins, der sich damals im Exil in Deutschland und später in der Schweiz befand, die illegale Arbeit der Bolschewiki im zaristischen Rußland leitete. Tatsache ist, daß Lenin Trotzki und seine opportunistischen Ansichten schon lange vor der Revolution in seinen Werken einer scharfen Kritik unterzogen hat. Tatsache ist ferner, daß der XIII. Parteitag im Mai 1924,** nur vier Monate nach Lenins Tod, Stalin einstimmig zum Generalsekretär der KPdSU(B) wählte, während Trotzki, der ebenfalls kandidierte, nicht eine einzige Stimme erhielt. Das "Geheimtestament" beeindruckte die Delegierten offensichtlich nicht, und das ist kein Wunder: es wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt von bürgerlichen Propagandisten unter eifriger Mithilfe Trotzkis erfunden.



Gemeinsam kämpften sie für die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion. Nach dem Tode Lenins setzte Stalin ihr Werk konsequent fort.

Sieg der korrekten bolschewistischen Linie

In den folgenden Jahren wurde Stalin zum unerschütterlichen Verfechter des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen die schweren "links" - und rechtsopportunistischen Abweichungen von Trotzki, Bucharin und Konsorten. Dies schlug sich in den theoretischen Arbeiten Stalins nieder, in den "Grundlagen des Leninismus", den "Fragen des Leninismus" und anderen wichtigen Werken. Darin faßte er die wichtigsten Erkenntnisse Lenins zusammen und erläuterte in glasklaren Formulierungen ihre Anwendung auf den sich stürmisch entwickelnden sozialistischen Aufbau in der UdSSR. Nach Lenins Tod war die Lage in der KPdSU(B) und im Staatsapparat der UdSSR keineswegs so, daß der Kampf zweier Linien, der proletarischen marxistisch-leninistischen und der bürgerlichen, "links"-und rechtsopportunistischen, schon entschieden gewesen wäre. **In langjährigen Kämpfen gelang es der KPdSU(B) unter der Führung Stalins, die korrekte bolschewistische Linie durchzusetzen und die Abweichler ideologisch zu zerschmettern.** Was sie im ideologischen Kampf nicht erreichen konnten, versuchten die Abweichler durch Verschwörung mit allen antikommunistischen Kräften im In- und Ausland und mit Unterstützung u.B. des französischen Generalstabs und der Hitlerfaschisten zu erreichen. **Sie wurden zu offenen Verrätern des Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, der UdSSR. Der Verrat reichte bis in die höchsten Gremien von Partei und Staatsapparat und nur dem Eingreifen Stalins und seiner Mitkämpfer war es zu verdanken, daß dieses Komplott vereitelt werden konnte.** Dabei darf nicht vergessen werden, daß die französischen und englischen Imperialisten gerade in diesen Jahren eine militärische Besetzung der kaukasischen Erdölfelder vorbereiteten. Die Machtergreifung der Hitlerfaschisten in Deutschland und ihr 'Drang nach Osten' erhöhte nur noch die Gefahr eines militärischen Angriffes auf die Sowjetunion.

Stalin - ein Freund aller Völker

Es ist ein besonderes Verdienst der KPdSU(B) unter der Führung Stalins, **daß sie den Krieg gegen den deutschen Faschismus als Kampf aller von Faschismus bedrohten und geknechteten Völker geführt hat.** Nur so war es möglich, eine breite Front gegen den Faschismus aufzurichten und ihn sowohl an der militärischen Hauptkampflinie als auch in den besetzten Gebieten durch machtvolle Schläge in die Knie zu zwingen. Die UdSSR trug die Hauptlast des Kampfes und brachte die größten Opfer. **Der große vaterländische Krieg der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten bleibt untrennbar mit dem Namen Stalins verbunden.**

Die bürgerliche Propaganda sagt, Stalin sei ein Feind des deutschen Volkes gewesen. **In Wirklichkeit war er, der Todfeind des deutschen Faschismus, ein großer Freund des deutschen Volkes.** Er war es, der die Einheit Deutschlands von Anfang an verfocht– **"die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt."** · Er war es, der noch 1952 ein Angebot für die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Blockfreiheit und der Neutralität machte, **das die Feinde des deutschen Volkes, der US-Imperialismus und seine damaligen westdeutschen Speichellecker ausschlugen.**

Die Stalinsche Außenpolitik beruhte auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und fand ihren Niederschlag in der brüderlichen Hilfe der Sowjetunion für die anderen sozialistischen Länder in Europa und für die junge Volksrepublik China zu einer Zeit, als die Schwierigkeiten nach dem Hitlerkrieg noch lange nicht überwunden waren.

Stalin - Todfeind des Imperialismus

Als Stalin starb, atmeten die Imperialisten, Kapitalisten und Kolonialisten erleichtert auf. Zurecht, wie sich herausstellte, denn jetzt, da er nicht mehr war, gelang es den revisionistischen Verrätern vom Schlage Chruschtschows, die sozialistische Festung UdSSR von innen her zu erobern, auf den Weg des Kapitalismus zurückzuzerren und in ein sozialimperialistisches Land zu verwandeln. Der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung entstand dadurch unermeßlicher Schaden.

Aber die Liebe der unterdrückten und Ausgebeuteten in aller Welt zu Stalin ist nicht geringer geworden und keine Verleumdung der Imperialisten, Revisionisten und Sozialimperialisten kann sie zunichte machen. **Ihren besonderen Ausdruck findet sie in der Verehrung, die alle marxistisch-leninistischen Parteien der Welt, auch die KPD/ML, Stalin entgegenbringen.**

40 Jahre Dimitroff - Prozess

★ ★ ★

Den Kläger machen wir zum Angeklagten

Am 23. Dezember 1933, vor 40 Jahren, wurde im Reichstagsbrandprozeß das Urteil verkündet. Alle angeklagten Kommunisten, Dimitroff, Popoff, Taneff, Neubauer, mußten freigesprochen werden. Die deutschen Faschisten, die der Kommunistischen Partei mit diesem Prozeß einen vernichtenden Schlag versetzen wollten, erlitten selbst eine jämmerliche Niederlage.

Noch heute ist der Dimitroff-Prozeß ein leuchtendes Beispiel in der Geschichte der Arbeiterbewegung für den Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Aus diesem historischen Beispiel die Lehren zu ziehen für unseren Kampf gegen die Justiz heute – das ist die Aufgabe unserer Partei.

DIMITROFF HABEN WIR BEFREIT WEIL WIR DIE WELT ENTFLAMMTEN...

Diese Zeilen aus dem Thälmann-Lied zeigen uns die schärfste Waffe im Kampf gegen den Justizapparat der Bourgeoisie: Die Solidarität der Massen. Im Münchner Kommunistenprozeß, in den Prozessen gegen Genossen Ernst Aust, bei der Entführung von Günther Wagner und Werner Lukas – in jedem Prozeß, wo wir uns auf diese Kraft gestützt haben, konnten wir Siege, oder zumindest Teilerfolge erringen. Den Kampf der Massen organisieren und vorantreiben – das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei auch an der Front der Klassenjustiz. "Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer – das ist das Alpha und Omega kommunistischer Taktik" sagte Dimitroff vor Gericht zu der erlogenen Anklage, die Kommunisten hätten den Reichstag in Brand gesteckt.

Im Kampf um die Freiheit Dimitroffs und seiner mitangeklagten Genossen haben die kommunistischen Parteien in aller Welt dieses Prinzip in vorbildlicher Weise verwirklicht. Sie zogen sich nicht ängstlich zurück, verließen sich nicht darauf, daß den angeklagten Genossen eigentlich nichts nachzuweisen war, sondern sie schürten überall in der Welt die Flamme der Solidarität gegen diesen Angriff auf die Arbeiterklasse, auf den Kommunismus. Der Kampf um Dimitroffs Freiheit wurde zum weltweiten Kampf gegen Faschismus und politische Unterdrückung. Millionen demonstrierten in London, Chicago, Paris, Sofia, gegen den Reichstagsbrandprozeß unter den Losungen: Freiheit für Dimitroff, Tod dem Faschismus!

Die Faschisten antworteten mit blutiger Unterdrückung. Dimitroff berichtete später, daß er im Gefängnis Menschen traf, die verurteilt wurden, weil sie Flugblätter für seine Freiheit verteilt oder auch nur gelesen hatten. Aber diesen Brand konnten die Faschisten nicht löschen.



ER HÄLT DER QUAL UND FOLTER STAND,
SIE KONNTEN IHN NICHT BEUGEN!

Nicht nur von dieser hervorragenden Massenarbeit der Kommunistischen Internationale müssen wir lernen. Auch der siegreiche Kampf der angeklagten Genossen vor Gericht, vor allem das mutige Auftreten von Dimitroff selbst, ist für jeden Kommunisten ein Beispiel für revolutionäre Tapferkeit und Opferbereitschaft, für selbstlosen Einsatz für die Sache der Arbeiterklasse.

Denn überall dort, wo die Klassenjustiz einen Kommunisten anklagt, will sie die Sache des Kommunismus, will sie die Kommunistische Partei treffen. "Dimitroff ist das verkörperte Programm der Kommunistischen Internationale" geiferte damals die nationalsozialistische Zeitung "Leipziger Neueste Nachrichten". Die Solidarität, der Kampf der Massen gegen die Klassenjustiz ist für jeden angeklagten Kommunisten nicht nur eine Unterstützung, sondern eine Verpflichtung. Hier, vor den Schranken eines bürgerlichen Gerichten, steht er an vorderster Front im Kampf gegen die Klassenjustiz.

Fortsetzung auf Seite 7

Haus-Voss-Prozeß Dortmund:

Abfuhr für die Klassenjustiz

Hatte die Bourgeoisie geplant, die Genossen auf Grund von "kriminellen Taten" bei der Aktion am Haus Voss zu verurteilen, war sie bemüht, um jeden Preis zu vermeiden, daß die politischen Hintergründe der Aktion klar wurden, so wurde sie durch den mutigen Kampf der Angeklagten und der anderen Genossen derart in die Enge getrieben, daß Staatsanwalt und Richter die Anklagepunkte, Körperverletzung und Diebstahl fallenlassen mußten und einzig und allein eine Begründung übrigblieb, daß beide Kommunisten, Mitglieder der KPD/ML waren. Dafür wurde Wolfgang B. zu vier Monaten auf Bewährung, Gisela H. zu 1 000 DM Geldstrafe verurteilt.

Veranstaltung

Am Abend vor dem Prozeß rief die Partei zu einer Veranstaltung auf. Beide Angeklagten versprachen der Partei und den Genossen, am nächsten Tag mutig gegen die Klassenjustiz zu kämpfen. Der AP-Trupp „Vorwärts Bolschewik" trat mit einem neuen Stück auf, dem alle Besucher begeistert Beifall spendeten. Solidaritätsadressen der Roten Hilfe, des VK Bochum und der ESG Bochum wurden verlesen, Vertreter der Partei aus anderen Städten versicherten die Genossen ihrer kämpferischen Solidarität.



Zusammen mit den Spenden auf dieser Veranstaltung sind bisher 903 DM für die beiden Genossen zusammengekommen.

Hatte die Vertreibung der Faschisten am Haus Voss der Bourgeoisie einen heftigen Schlag versetzt, so erlitt sie bei diesem Prozeß eine erneute Schlappe.

Die Bourgeoisie stand allein mit ihren Polizeizeugen da. Für die Angeklagten dagegen sagten zwei Bewohner des Viertels um das Haus Voss aus. Viele Menschen hatten bereits vor dem Prozeß ihre Unterschriften gegeben, Geld gespendet. Eine ganze Abteilung beim Hoesch-Werk Phönix solidarisierte sich mit den Angeklagten. Und sogar im Gerichtsgebäude selbst wurde noch Solidarität organisiert.

Genossen und Freunde, die man nicht in den Gerichtssaal hineinlassen wollte, begannen auf dem Flur revolutionäre Lieder zu singen und erklärten einer Berufsschulklasse, worum es in diesem Prozeß ging. Nervös geworden wollten die Staatsanwälte, die aus den Gerichtssälen zusammengelaufen kamen, die Personalien einer Genossin feststellen. Sie drohten, sie festzunehmen und sie gewaltsam abzuführen. Aber angesichts der Entschlossenheit der Genossen und der versammelten Berufsschüler gaben sie auf.

Und noch ein weiteres Mal mußten sie der Entschlossenheit der Genossen und Freunde weichen. Als nach einer kurzen Pause die Öffentlichkeit des Prozesses immer noch nicht vollständig hergestellt war, kam es zu Protesten im Zuschauersaal. Der Richter gab Befehl, den Saal zu räumen. Brutal knüppelten Polizisten in Kampfausrüstung auf die Zuschauer ein, einer mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Daraufhin packten die Angeklagten ihre Sachen zusammen und erklärten, daß sie unter diesen Bedingungen den Prozeß nicht weiterführen würden. Sofort drohte der Staatsanwalt mit Haftbefehlen und Untersuchungshaft. Aber die Genossen blieben hart. Nach halbstündiger Beratung gab das Gericht bekannt: die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Und schon eine Stunde später wurde auf einer Vollversammlung der Pädagogischen Hochschule in Dortmund mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, die den Polizeiterror verurteilte, sich mit den Angeklagten solidarisierte. 30 DM wurden gespendet.

" Die Bevölkerung im Ruhrgebiet ist latent aggressiv..."

Dortmund-Neu-Scharnhorst: Eine trostlose Betonwüste, in der Stadt und "Neue Heimat" 15 000 Menschen zusammengepfercht haben, fast alles Arbeiterfamilien. Für 1 700 Kleinkinder gibt es 100 Kindergartenplätze, für 46 Schulklassen nur 18 Unterrichtsräume. 5 Hektar Boden wurden für Parkplätze gebraucht – für Kinderspielplätze waren nur 0,6 Hektar übrig.

Die Bevölkerung ist über diese Zustände empört. Um neue Spielplätze durchzusetzen, veröffentlichte Pfarrer Schröter im Blatt der evangelischen Kirchengemeinde ein "Kindermanifest", das vorher bereits die bürgerliche Zeitung "Die Zeit" abgedruckt hatte. Darin heißt es u.a.: "Kinder, erobert euch die Rasenflächen, besetzt alle Parkplätze, klettert auf die Balkone, bringt die Erwachsenen durch Raserei zur Raison..." Was die Bevölkerung von Scharnhorst als ironischen Anstoß zur Eigeninitiative verstand, legte die Klassenjustiz aus als "Aufforderung zu strafbaren Handlungen" - ein Staatsschutzdelikt - und verurteilte Pfarrer Schröter zu 700 DM Geldstrafe. In der Gerichtsverhandlung sprachen Richter und Staatsanwalt kernige Worte: Daß die Bevölkerung im Ruhrgebiet 'latent aggressiv' sei, daß zwar gebildete Menschen Ironie verstehen könnten, nicht aber "Kumpel Anton". Dieses Urteil ist ohne Zweifel ein Anschlag auf einen fortschrittlichen Menschen, der sich für die Interessen der Arbeiter im Dortmunder Vorort Scharnhorst einsetzt. Um Näheres zu erfahren, sprachen wir mit Herrn Schröter:

RM: Haben Sie mit einer solchen Strafverfolgung gerechnet?

H. SCHRÖTER: Nein, damit konnte ich nicht rechnen, besonders, weil ich das "Kindermanifest" aus der Zeitung "Die Zeit" übernommen habe. Dort war von einer Strafverfolgung wegen "Aufforderung zu strafbaren Handlungen" keine Rede. Aber das kann man sich auch erklären: Die Zeit wird in solchen Vierteln wie Scharnhorst kaum gelesen. Hier leben Tausende Arbeiter, eine Bewegung müsste ganz andere Konsequenzen haben. Die Ermittlungen der Polizei zeigen, welche Angst die Herrschenden davor haben. Sie waren geradezu grotesk. **So meldete ein Ermittlungsbeamter, er habe "keine illegalen Vereinigungen von Kindern" in Schamhorst feststellen können.** Auch meine Tätigkeit als Berater von Kriegsdienstverweigerern galt als Beweismaterial.

RM: Wie haben die Arbeiter von Scharnhorst reagiert?

H. SCHRÖTER: Sie haben das sehr gut verstanden und sachlich über das Problem diskutiert. Empörte Anrufe erhielt ich fast nur von der oberen Schicht in Scharnhorst. **Auch die Kinder haben die Sache sehr gut verstanden. Als sie gefragt wurden, ob sie nun Autos zerstören, sagten sie: "Das ist keine Lösung, da würden wir ja die Falschen treffen, unsere Eltern."** Die Anzeige hat unserer Sache nur genützt. Spontan bildeten sich mehrere Solidaritätsgruppen, schickten Protestresolutionen und sammelten Unterschriften. Bei der Gerichtsverhandlung waren 120 junge Leute da. Die meisten Besucher wurden nicht in den Saal gelassen und Polizei marschierte auf. Aber mit Sprechchören und Protesten haben wir erreicht, daß schließlich alle eingelassen wurden. Mit dieser Solidarität hatte ich gar nicht gerechnet, sie hat mir sehr geholfen. Jetzt gibt es immer mehr Gruppen, die diskutieren, was man für die Kinder hier tun kann.

RM: Was halten Sie von dem Urteil, 700 DM Geldstrafe?

H. SCHRÖTER: **In Duisburg wurde ein Großunternehmer zu 300 DM verurteilt, der einen 13- und einen 14-jährigen nachts im Akkord arbeiten ließ - Zweierlei Recht - das habe ich auch vor Gericht gesagt. Es geht nicht um Recht, es geht um Interessen. Wie schwach muß doch eine Gesellschaftsordnung sein, wie unerhört schwach eine Rechtsordnung, in der ein kleiner satirischer Text umstilisiert werden kann zu einem Instrument des Umsturzes.**

Kampf der Klassenjustiz

ÄRZTLICHE HILFE VERWEIGERT

Katharina Hammerschmidt, die seit 1 1/2 Jahren wegen "Verdachts auf Kriminelle Vereinigung" in Untersuchungshaft saß, erhielt nun endlich Haftverschonung. Ende September erkrankte sie an einem lebensgefährlichen Tumor im Hals. Monatelang erhielt sie weder ärztliche Hilfe, noch durfte sie in ein Krankenhaus zur Untersuchung eingeliefert werden. Obwohl ihr Hals inzwischen dicker ist als ein Oberschenkel, obwohl sie heftige Schmerzen und Erstickungsanfälle hatte. Vom Gefängnis mußte sie sofort auf den Operationstisch. Der Klassenjustiz ist es egal, ob Menschen im Gefängnis sterben oder ob sie dauernde Schäden davontragen, weil ihnen ärztliche Hilfe verweigert wird!

SPANISCHE KOLLEGEN VON ABSCHIEBUNG BEDROHT

Drei spanische Kollegen, die sich beim Streik der Hella-Arbeiter in Lippstadt aktiv für die Interessen der Belegschaft eingesetzt hatten, sollen aus der Bundesrepublik abgeschoben werden. Die Klassenjustiz klagt sie wegen des Streiks an: Landesfriedensbruch. Nur die Solidarität kann die drohende Auswanderungsverfügung verhindern.

DER KAPITALISMUS LEGT IHNEN DEN STRICK UM DEN HALS!

"Resozialisierung von Gefangenen" im Kapitalismus:

In einer Wuppertaler Haftanstalt erhängte sich ein 42-jähriger Mann in seiner Zelle. Es war der dritte Selbstmord in diesem Gefängnis innerhalb eines Jahres. Im Gefängnis München-Stadelheim tötete sich ein 23-jähriger Gefangener, der trotz ärztlich bescheinigter Haftunfähigkeit nicht aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Im Jugendgefängnis Neuenahr begingen laut einem Fernsehbericht im letzten Jahr 4 junge Menschen Selbstmord.

Fortsetzung von Seite 1

40 Jahre Dimitroff - Prozess

Hier muß er den Kommunismus, den gerechten Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung verteidigen, hier muß er das Vertrauen der Massen rechtfertigen und zum ANKLÄGER werden.

Unter den unmenschlichsten Foltern - so wurde er z. B. fünf Monate lang Tag und Nacht mit stählernen Handschellen gefesselt - hat Dimitroff diese Aufgabe in beispielhafter Weise erfüllt. Während der einjährigen Untersuchungshaft arbeitete er täglich 10 Stunden, um nicht nur seine Verteidigung vorzubereiten, sondern um sich auch zu stählen für den Kampf nach seiner Entlassung. Er vertiefte seine Kenntnisse der Marxismus-Leninismus, studierte die deutsche Geschichte und die deutschen Gesetze, denn vor Gericht mußte er sein eigener Verteidiger sein. Jede Chance der bürgerlichen Gesetze ausnutzend, entlarvte Dimitroff vor Gericht, da der Faschismus die offenste, brutalste Form der bürgerlichen Diktatur der Bourgeoisie über die werktätigen Massen ist. Er zwang Göbbels in die Knie, zerfetzte die Lügengebäude der Polizeiagenten, die von den Faschisten als "Zeugen" gekauft waren, und führte hier vor Gericht seinen unversöhnlichen Kampf gegen den Faschismus weiter, trotz des Terrors der Richter, die ihn immer wieder von den Verhandlungen ausschlossen, gefesselt abführen ließen oder Menschen aus dem Zuschauerraum verhafteten.

Später, nach seiner Ankunft in der sozialistischen Sowjetunion - die deutschen Faschisten ließen ihn trotz des Freispruchs erst frei, nachdem Stalin ihm die russische Staatsbürgerschaft verliehen und seine Freiheit gefordert hatte - wurde Dimitroff immer wieder gefragt, wie er seinen unbeugsamen Kampf trotz aller Foltern hatte führen können. Dimitroff faßte die Haltung jedes Kommunisten und Revolutionärs in folgenden Worten zusammen:

"Der Revolutionär und Bolschewik hat nicht das Recht zu sterben, er muß leben und kämpfen, unter allen Umständen. Wer von diesem Gedanken erfüllt ist, kann selbst die entsetzlichsten Foltern ertragen. Und die muß er nicht nur ertragen, sondern auch versuchen, die Zeit im Gefängnis so gut wie möglich zu nutzen, selbst wenn ihm die Hände gefesselt sind. Weiß er doch nicht im Voraus, ob sie ihn nicht nach 12 Stunden wieder freilassen! Er muß sich auf diese Möglichkeit vorbereiten, um nicht als Invalide, sondern mit gestählten Kräften einen neuen Kampf zu beginnen.

SOLIDARITÄTSSPENDEN FÜR POLITISCHE GEFANGENE!

Auf das Konto Karin Sandmann, 46 Dortmund, Dresdner Bank, Kto.-Nr. 81 355 107, wurden seit unserem letzten Abdruck an Spenden eingezahlt:

Datum	Spender	Betrag
10.10.	Sammlung in Duisburg	342,-- DM
10.10.	Arbeitertreff in Hannover	21,- - DM
26.10.	Genosse aus Hannover	10,– DM
19.11.	OG Nürnberg, Veranstaltung zum Hamburger Aufstand	67,– DM
19.11.	B.S. Westberlin	15,– DM
19.11.	G.M. Marburg	20,– DM
22.11.	Rote Hilfe Recklinghausen	223,– DM
26.11.	S. Göttingen	131,10 DM
16.12.	W.K. Essen	10,– DM

Damit beträgt die Gesamthöhe der bisher eingegangenen Spenden DM 2.526,37.

Berichtigung: Bei der Spende vom 2.11. über DM 72,– handelt es sich nicht, wie im ROTEN MORGEN angegeben, um die Spende eines einzelnen Genossen, sondern um das Ergebnis einer Sammlung auf der Parteiveranstaltung in Frankfurt-Höchst zum Hamburger Aufstand.

Das albanische Volk feiert den Tag der Unabhängigkeit und Befreiung

Jahrhunderte lang hausten türkische Besatzer in Albanien, aber nicht einen Tag war das albanische Volk ihr Knecht. Es fand sich nie mit der Fremdherrschaft ab und leistete unaufhörlich erbitterten Widerstand, **angefangen von Skanderbeg im 15. Jahrhundert bis zum Unabhängigkeitstag, dem 28. November 1912.**

Aus dieser kämpferischen Gesinnung heraus war es im voraus klar, daß das albanische Volk auch die italienische Besetzung von 1939 und den Einmarsch der Hitlerfaschisten 1944 nicht hinnehmen würde. In der Reihe der um die Befreiung vom faschistischen Joch kämpfenden Völker Europas war das kleine albanische eines der konsequentesten und hartnäckigsten. Schon bald hatten die albanischen Partisanen weite Gebiete des Landes vom Feind gesäubert und die italienischen Faschisten auf die Städte und einige Hauptverbindungswege zurückgedrängt. Nicht anders erging es den Hitlerfaschisten. Sie dachten, sie würden mit dem kleinen Albanien fertig werden, aber es kam umgekehrt. Albanien wurde mit ihnen fertig. **Ohne das Eingreifen irgendwelcher ausländischer Streitkräfte verjagten die Kämpfer der Befreiungsfront alle Hitlerfaschisten vom albanischen Staatsgebiet. Dem 28. November 1912, dem Unabhängigkeitstag, schloß sich der 29. November 1944 an, der Befreiungstag.**

Die entscheidende Kraft im antifaschistischen Kampf war die junge, erst 1941 unter italienischer Besatzung gegründete Kommunistische Partei Albaniens mit Enver Hoxha an der Spitze, die heutige Partei der Arbeit Albaniens. Sie verstand es, die Spalter und versteckten Feinde in den eigenen Reihen auszumerzen, den Befreiungskampf des ganzen Volkes, einschließlich der bis dahin völlig entrechteten Frauen, in der Nationalen Befreiungsarmee zu organisieren, in der Befreiungsfront politisch zusammenzufassen und zum Sieg zu führen. In ihr verkörperten sich alle fortschrittlichen Bestrebungen und Sehnsüchte des albanischen Volkes.

Ein solches Volk, eine solche, im Kampf gestählte kommunistische Partei war auch von innen nicht zu erobern. Die Partei der

Albanien ist heute der Leuchtturm des Sozialismus in Europa. Ringsum angefeindet von Kapitalisten, Imperialisten, Revisionisten und sowjetischen Sozialimperialisten schreitet es unerschütterlich und fest voran zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.



28.November 1944. Die erste Parade der Nationalen Befreiungsarmee im befreiten Tirana.

Arbeit Albaniens führte einen konsequenten Kampf gegen den Tito- und den Chruschtschow-Revisionismus. Der Revisionismus setzte sich in Albanien nicht durch. Partei und Volk Albaniens stehen weiter im sozialistischen Aufbau und auf der Wacht, in der einen Hand die Spitzhacke, in der anderen das Gewehr.

Tod dem Faschismus! Freiheit für das Volk!

Ein albanischer Genosse erzählte uns folgende Geschichte aus seinen Erlebnissen während des Kampfes gegen die faschistischen Besatzer:

Ein italienischer Faschist, General der Besatzertruppen, war gestorben. Die italienischen Faschisten wollten das ausnutzen, um eine große Schau abzuziehen. Sie ließen eine Statue des Generals anfertigen. Alle Vorbereitungen wurden getroffen, um mit einer feierlichen Denkmalsenthüllung in Tirana diesen faschistischen Eindringling als Wohltäter des albanischen Volkes zu präsentieren.

Für den Tag der Denkmalsenthüllung hatte die Kommunistische Partei Albaniens eine Demonstration organisiert. Und sie hatte noch mehr getan in der Nacht zuvor.

Als die Faschisten vor einer großen Menschenmenge feierlich das Tuch von der Statue zogen, da leuchteten auf der Brust des Generals ein roter Stern und die Worte: "Tod dem Faschismus! Es lebe der Kommunismus!"

Und schon begann die Demonstration gegen die faschistischen Besatzer, deren Plan völlig gescheitert war, sich beim albanischen Volk anzubiedern. An dieser Demonstration nahm auch der Verkäufer aus dem Tabak- und Büchergeschäft "Flora" teil. In einem Augenblick des Aufmarsches war es einem Carabinieri gelungen, einen jungen Partisanenkämpfer zu umstellen und festzuhalten. Der Verkäufer von "Flora" sieht das, läuft hin, schlägt Carabinieris mit Boxhieben zu Boden und befreit den jungen Partisanen.

Die Kinder, die das gesehen hatten, fingen an, überall herumzuerzählen: "Hast du den Mann von 'Flora' gesehen, wie er vier Carabinieri niedergeschlagen hat?" Das war unbedacht von den Kindern und sehr gefährlich. Deshalb gingen die Genossen zu den Kindern der Stadt und erklärten ihnen daß sie nicht über den Mann von "Flora" sprechen sollten, damit er den Faschisten nicht bekannt wurde. **Der Mann von "Flora" war Genosse Enver Hoxha.**

EIN GENOSSE BERICHTET...

Letzte Woche war ich mit Sympathisanten der KPD/ML in einer Kneipe in Oldenburg. Wir unterhielten uns über eine geplante Albanien-Veranstaltung, zu der ich einige Flugblätter mitgebracht hatte. Da kamen Kollegen an unseren Tisch und fragten uns über die Veranstaltung aus. Sie waren albanische "Gastarbeiter" aus dem Distrikt Kosovo, wo über eine Million Albaner leben und der jetzt zu Jugoslawien gehört. **Als ich das Bild herausholte, auf dem Enver Hoxha und Ernst Aust zu sehen sind, brachen sie in einen wahren Jubel aus, liefen mit dem Bild durch die Kneipe und zeigten es ihren Kollegen.**

In der bürgerlichen Presse wird das "jugoslawische Modell des Kommunismus' gelobt. Es heißt, daß die im "stalinistischen" Albanien Verfolgten nach Jugoslawien fliehen. Denkste! Unsere neuen Bekannten würden lieber in umgekehrter Richtung fliehen, wenn sie nicht Familien in Kosovo hätten. **Sie sind keine Kommunisten, aber sie verehren Enver Hoxha und lieben ihr albanisches Heimatland. Sie hassen die revisionistische Tito-Clique, die sie zur Arbeit zu uns verscheuert hat.**

Wir haben mit ihnen noch "Neues Albanien" und den ROTEN MORGEN durchgesehen.

Solidaritätstelegramm

An das ZK der Partei der Arbeit Albaniens.

Zu dem Lawinenunglück infolge starker Schneefälle sprechen wir dem albanischen Volk, der Regierung der Volksrepublik Albanien und der Partei der Arbeit Albaniens unser tief empfundenes Beileid aus. **Die dabei getöteten Menschen waren unsere Brüder. Wir werden sie nie vergessen.**

Im Namen des Präsidiums der KPD/ML

Ernst Aust
1. Vorsitzender.

PARTEIVERANSTALTUNGEN

München:

Gaststätte „Zum guten Kameraden", Wallensteinstr. 20, München-Milbertshofen, Bus-Linie 36 bis Kobiniusstraße. Die Veranstaltung findet statt am 31.12., 20 Uhr.

Braunschweig:

Veranstaltung des Landesverbandes Niedersachsen zum 5. Jahrestag: am 31.12., 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Frankfurter Straße.

Andere Parteiveranstaltungen:

Hamburg:

Am 21.12 findet in Hamburg eine Veranstaltung statt mit dem Thema: Politik und Medizin. Josua Horn, der Verfasser des Buches „Arzt in China" berichtet.
Beginn: 19 Uhr im „Alten Sängeheim", Oelkersallee 5.
Am 28.12. findet ebenfalls im Alten Sängeheim um 19 Uhr eine Albanienveranstaltung statt. Es wird ein Film gezeigt.

Kitzingen:

Gasthaus Moschee, Kitzingen, am 28.12., Beginn 19 Uhr. Es wird der Kolm gezeigt: Reform oder Revolution.

Parteibüros

München:

Thalheimer Straße 19;

Bremen:

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

Kiel:

Reeperbahn 13, Tel.: 0431/ 74 762.

Geschenkabonnement

für:

Ort: .... Straße: ....

Vom 1. Januar 1974 bis 31. Dezember 1974 wird der ROTE MORGEN per Postversand an obige Adresse zugeschickt. Die Überweisung des Geschenkabonnements erfolgt durch:

Name, Vorname ....

Postleitzahl, Ort ....

Straße ....

Datum ....

Unterschrift ....

Das Geschenkabonnement wird mit obigem Abschnitt an den angegebenen Adressaten (siehe *) zugestellt.

Bestellungen an: Verlag G. Schubert – Vertriebsstelle – 46 Dortmund-Hörde Postfach 526.

Vorschlag an die Redaktion des ROTEN MORGEN

Genossen, wie ihr wißt, müssen alle Gefangenen Zeitungen, die sie bekommen, auch bezahlen. Das läuft so, daß sie am Tag ihrer Entlassung eine Rechnung von so und soviel Mark präsentiert bekommen, und wenn sie die nicht zahlen können, kommt postwendend der Gerichtsvollzieher. Für einen, der im Knast sitzt, sind auch -,50 DM viel Geld. Deshalb machen wir einen Vorschlag: Setzt in den ROTEN MORGEN einen Aufruf, daß jeder Genosse, der es kann, ein Geschenkabonnement für einen, der im Knast sitzt, übernimmt. Wir halten das für eine gute Unterstützung der Genossen im Gefängnis, denn nicht nur Genossen der Partei lesen im Knast den ROTEN MORGEN, sondern auch viele andere.

Rot Front Gen. aus FFM

Die Redaktion begrüßt diesen Vorschlag. Wir hoffen, daß sich recht viele Leser des ROTEN MORGEN bereit finden, die politischen Gefangenen mit einem Geschenkabonnement für den ROTEN MORGEN zu unterstützen.